

## Protokollauszug aus der 12. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.03.2010

---

öffentlich

### **Top 5 Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung - Darstellung Benchmarking und Fallentwicklung**

#### **zur Kenntnis genommen**

Frau Dr. Müller schlägt vor, bei diesem Vortrag von der üblichen Redezeit abzuweichen und eine Zeit von ca. 30 Minuten einzuräumen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schweers stellt die Gliederung des Vortrages vor und sagt zu, die Präsentation allen Jugendhilfeausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Frau Köhler (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt die Träger sowie deren Angebote im Bereich Hilfen zur Erziehung vor.

Herr Schweers gibt Erläuterungen zu den Benchmarking-Zahlen im Bereich Hilfen zur Erziehung auf der Grundlage des „con\_sens“-Berichtes 2008. Hier sei eine geringe Hilfefalldichte und damit geringe Gesamtkosten hervorzuheben.

Herr Otto fragt, ob es auch bundesweite Vergleichszahlen zur Fallbearbeitung pro Sozialarbeiter gibt. Er verweist auf die Folie 7 und fragt, ob es Gründe für den größeren Anstieg der Fälle in Potsdam 2008 gibt.

Herr Schweers erklärt, dass der Vergleich der Fallzahlen pro MitarbeiterIn bundesweit nicht erfolgt, da es hier auch unterschiedliche Bedingungen gibt. Es gibt auch beim Benchmarking-Vergleich keinen Vorschlag zu Fallzahlen, die pro MitarbeiterIn zu bearbeiten sind. Bezüglich des auf Folie 7 dargestellten größeren Anstieges in 2008 betont er, dass bereits im Vorfeld alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit ein Fall gar nicht erst zum Fall wird. Eine Erklärung für den Anstieg ist, dass es 2008 ein enormes Meldeverhalten von Bürgern der Stadt gab. Er macht aber auch darauf aufmerksam, dass in allen Städten mit schwieriger Personalausstattung relativ schnell Hilfen zur Erziehung gewährleistet werden und somit Fallzahlen und Kosten steigen.

Herr Otto hat gehört, dass ca. 40 Fälle pro Sozialarbeiter sinnvoll sein sollen, aber in Potsdam die Zahl der Fälle höher sei.

Herr Schweers verweist auf die Studie von „START“ in der festgestellt wurde, dass im Jugendamt 6,5 Sozialarbeiter-Stellen fehlen. Diese Stellen sollen jetzt schrittweise besetzt werden.

Herr Liebe spricht die dargestellten Fallzahlen der ambulanten Hilfen in Darmstadt an, die wesentlich niedriger sind als in Potsdam.

Frau Köhler führt aus, dass das Jugendamt Darmstadt anders organisiert ist als Potsdam. Es gibt sehr unterschiedliche Bedingungen.

Frau Engel-Fürstbereger fragt, nach der Zahl der Potsdamer Einwohner bis 21 Jahre.

Herr Schweers antwortet, dass Ende 2008 ca. 27.000 unter 21jährige in Potsdam lebten. Dies ist auch dem Informationsdienst „PIA“ und dem Jugendhilfeplan zu entnehmen.

Frau Köhler gibt einen Überblick über den Vergleich der flexiblen ambulante Hilfen, der Heimerziehung sowie der Hilfen zur Erziehung insgesamt zum Stichtag 31.12. der Jahre 2007, 2008 und 2009 sowie über die durchschnittliche Verweildauer in Einrichtungen.

Frau Schulze verweist auf Folie 24, die aussagt, dass die höchste Heimunterbringungszahl in der Region 2 liegt. Sie fragt, welche Ursachen es dafür gibt.

Frau Köhler erklärt, dass es sich um eine Problemregion handelt.

Frau Engel-Fürstberger nimmt Bezug auf die Verweildauer in Einrichtungen und fragt, wie hier das Verhältnis ist.

Frau Köhler erklärt, dass es Kinder gibt, die nur kurze Zeit in der Heimbetreuung sind. Es gibt aber auch Kinder, die mehrere Monate im Heim bleiben müssen. Es gibt auch ein paar Jugendliche, die mehrere Jahre in der Einrichtung sind.

Herr Schweers ergänzt, dass sehr wenige Kinder mehrere Jahre in den Einrichtungen leben. Der größte Teil ist nur für eine kurze Zeit in einer Einrichtung.

Frau Köhler weist auch darauf hin, dass es viele verschiedene Heimformen gibt.

Herr Papadopoulos (Potsdamer Betreuungshilfe e.V.) macht deutlich, dass auch betrachtet werden muss, wie lange eine ambulante Betreuung erfolgt.

Herr Schweers erklärt, dass dies noch aufbereitet werden muss und zu einem späteren Zeitpunkt im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird. Es sollte auch kein öffentlicher Vergleich der Stadtteile und der Träger erfolgen.

Frau Köhler macht deutlich, dass in allen drei Regionen die Zahl der ambulanten Betreuungen gestiegen ist.

Herr Otto fragt, inwieweit sich das Modellprojekt zw. Kinderheim „Eva Laube“ und dem Potsdamer Betreuungshilfe e.V. in Bezug auf die Verweildauer in Einrichtungen auswirkt. Des Weiteren fragt er, ob es durch den Begrüßungsdienst für Neugeborene schon messbare Effekte gibt.

Herr Schweers betont, dass dies nicht messbar ist. Das Modellprojekt hat positive Auswirkungen. Auch andere Träger sind diesbezüglich im Kontakt.

Frau Engel-Fürstberger fragt nach dem Bedarf an Pflegefamilien. Wie ist dort die Situation?

Herr Schweers erklärt, dass der Zusammenschluss mit Potsdam-Mittelmark erfolgt ist, um möglicherweise mehr Pflegefamilien zu finden.

Frau Köhler weist darauf hin, dass die 0- bis 4-jährigen mit innewohnendem Erzieher untergebracht sind. Hier erfolgt eine sehr kontinuierliche Arbeit.

Frau Frehse-Sevran ergänzt, dass die Verweildauer in einer Einrichtung auch von der Vorbereitung abhängig ist. Aus ihrer Sicht ist das Netz in Potsdam diesbezüglich gut ausgebaut.

Frau Dr. Müller fragt, aus welchen Gründen Kinder außerhalb von Potsdam untergebracht werden.

Frau Köhler erklärt, dass es mitunter Gründe gibt, aus denen die Kinder nicht in der Stadt betreut werden können. Dies kommt z.B. bei sexuellem Missbrauch vor. Eine Betreuung an einem anderen Ort erfolgt auch wenn besondere Hilfen erforderlich sind, die in Potsdam nicht abgedeckt werden können.

Frau Köhler spricht das Thema Kinderschutz an und erläutert das Verfahren zum Umgang mit Verdachtsfällen im Jugendamt. Sie macht deutlich, dass alle MitarbeiterInnen im Jugendamt verpflichtet sind, die Verdachtsmeldungen aufzunehmen. Dafür gibt es einen entsprechenden Meldebogen. Auch das Gesundheitsamt hat diese Meldebögen und nimmt die Meldungen auf.

Herr Otto weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam eine gewisse Sorgfaltspflicht erfüllt und dankt den MitarbeiterInnen für die Arbeit.

Frau Schulze fragt, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt mit dem Kinderschutz befasst sind.

Herr Schweers antwortet, dass es sich derzeit um 18,5 Stellen handelt. Weitere 6,5 Stellen kommen noch dazu. Es handelt sich fast ausschließlich um Vollzeitstellen.

Herr Liebe fragt, wie mit Familien umgegangen wird, denen Hilfen zur Erziehung gewährt werden, wenn diese an einen anderen Ort ziehen.

Frau Köhler erklärt, dass dann das Jugendamt des neuen Wohnortes informiert wird. Das wird im Vorfeld mit den Eltern besprochen und diese stimmen in der Regel zu. Bei Fälle, bei denen in Potsdam die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, ist dies schwieriger. Das ist aber ein prinzipielles Problem, an dessen Lösung derzeit gearbeitet wird.

Herr Liebe fragt, ob es einen Zusammenhang zwischen den gemeldeten Fällen von Kindern unter einem Jahr und einer Ablehnung des Besuchs des Begrüßungsdienstes gibt.

Herr Schweers verneint dies.